

Aussichten der Ost-West Beziehungen

*Eine europäische Perspektive**

Willy Brandt

Für die Einladung, die freundliche Aufnahme und die mir zuteilgewordene Ehre der Doktorwürde möchte ich aufrichtig danken. Es bereitet mir Freude, mich zu den akademischen Bürgern dieser renommierten Universität zählen zu dürfen.

Erfreulicherweise wird in allen Weltregionen nach neuen Wegen gesucht - nach Wegen für dauerhaften Frieden und Entwicklung (sustainable peace and development). Vielerorts wurde eingesehen, daß vermeidbare Konfrontation und Abschottung Irrwege sind, die in gefährliche Sackgassen führen.

I.

Spät, aber noch rechtzeitig erkannten die Spitzenverantwortlichen der nuklearen Supermächte die unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken des Wettrüstens. Seit dem legendären Gipfeltreffen in Reykjavik wird von beiden Seiten ernsthaft über Wege zu gemeinsamer Sicherheit verhandelt. Das auf Europa bezogene Mittelstreckenabkommen war ein erster Meilenstein auf dem Weg kontrollierter Abrüstung. Und der zügige Fortgang der Verhandlungen in Genf und der "großen Runde" in Wien verspricht - in absehbarer Zeit - weitreichende Abrüstungsschritte auch im strategischen und konventionellen Bereich.

* Dieses Manuskript von Herrn Willy Brandt, dem Ex-Bundeskanzler, ist anlässlich der Verleihung des Ehrendoktorgrades am 26. Oktober 1989 an der Seoul National University vorgetragen worden.

Leichtgläubig wäre es jedoch zu meinen, zumindest für Europa könne das Thema Frieden abgehakt werden. In den letzten beiden Jahren wurde die Gefahr einer nuklearen Konfrontation zwar wesentlich gemindert, doch sie ist noch nicht gebannt. Auch sollten die höchst komplizierten Probleme, die in den Verhandlungen aufgeworfen werden, nicht unterschätzt werden: Ich denke an offene Detailfragen der Verifikation, an die nicht unbeträchtlichen finanziellen Kosten der Vernichtung von Waffensystem - und nicht zuletzt an den Modernisierungswahn, zumal noch immer in allzu vielen Laboratorien nach neuen "Wunderwaffen" geforscht wird. Öffentliche Aufmerksamkeit ist also weiterhin geboten, damit der politische Wille zur Abrüstung nicht erlahmt.

Ich bin mir bewußt, daß nicht nur zwischen den Supermächten und nicht nur in Europa über neue Wege zur Friedenssicherung nachgedacht wird. Selbst in jenen Krisenregionen der Dritten Welt, wo in den 80er Jahren opferreiche militärische Konflikte ausgetragen wurden und in allzuvielen Fällen weiterschwelen, finden Konfliktparteien endlich den Weg an die Verhandlungstische. Und dank der Vermittlung durch die - wieder wichtiger werdenden - Vereinten Nationen sind die Chancen zur Befriedung spürbar gewachsen. Es wäre jedoch vermessen, wollte ich gleichsam flächendeckend zu den schwierigen Wegfindungen in allen Teilen der Welt Stellung beziehen.

II.

Ihr Interesse voraussetzend, möchte ich daher im folgenden über die weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in und zwischen den Hauptteilen Europas reden, die sicherlich kaum minder "spannend" sind wie die Entwicklungen im militärischen Bereich.

Erst vor wenigen Tagen habe ich in Moskau mit dem "Architekten" der Umgestaltung - mit Michail Gorbatschow - gesprochen. Er machte auch bei dieser Zusammenkunft keinen

Hehl daraus, daß die Jahrzehnte der Abschottung und Planungshybris in eine unhaltbare Lage geführt haben. Dabei verkennt er durchaus nicht die Schwierigkeiten, denen die mehrfache Kurskorrektur begegnet.

Dank der Öffnung des Systems können die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Mängel auch in den Medien und den durchaus lebhaften Beratungen des Obersten Sowjets beim Namen genannt werden. Und gewiß könnte vieles zum Besseren gewendet werden, wenn die intellektuellen und materiellen Ressourcen, die im militärischen Bereich gebunden sind, bald auf andere Sektoren gelenkt würden. Der Nachholbedarf ist nicht minder offenkundig als das Budget-Defizit.

Hinzu kommen die schwerwiegenden politischen Probleme des Zusammenlebens der Völker in der Sowjetunion, die ja erst eine Förderation werden soll: Offene Konflikte in südlichen Republiken und weitgehende Autonomiebestrebungen in den baltischen Republiken. Keine Frage, Gorbatschow und seine Mitstreiter sind um ihre Aufgaben nicht zu beneiden. Umso beeindruckender ist es, mit welchem Maß an Risikobereitschaft der Prozeß der Umgestaltung gegen vielfältige Widerstände vorangetrieben wird. Aber die Möglichkeit von Rückschlägen sollte in Rechnung gestellt werden.

Dank des Interesses der sowjetischen Führung an Entlastungen in ihrem europäischen Vorfeld ist im östlichen Mitteleuropa so manches aufgebrochen, was jahrelang verdeckt wurde.

In Polen regieren mittlerweile mehrheitlich Vertrauensleute der Solidarnocs. Ob das "Experiment" gelingt, wird nicht zuletzt von einer schnellen Verbesserung der Versorgungslage abhängen.

Der ungarische Öffnungsprozeß ist weit vorangeschritten, und der Wille zur noch stärkeren Orientierung auf Westeuropa ist unverkennbar.

In der Tschechoslowakei stehen Veränderungen bevor. Sie werden beachtliche wirtschaftliche Leistungen nach sich ziehen können.

Längst überfällig sind Reformen in der DDR, deren politische Führung die Zeichen der Zeit erst zu verstehen begann, als ihnen Zehntausende junger Menschen wegliefen und Hunderttausende mündiger Bürger auf den Straßen unüberhörbar ein Ende der Gängelei verlangten. Ein Wechsel an der Spitze, wie er jüngst erfolgte, ist allein keine Garantie für ernsthafte Bereitschaft zu Dialog und Veränderung.

Obwohl der Veränderungsprozeß sicherlich von Land zu Land unterschiedliche, sogar widersprüchliche Formen annimmt, kann Westeuropa gleichwohl nicht indifferent die Klärung der Verhältnisse abwarten. Vielmehr werden - oder jedenfalls sollten - die Länder der Europäischen Gemeinschaft durch vielfältige Kooperationsangebote dazu beitragen, daß die Reformkräfte im anderen Teil Europas Erfolg haben. Über Mittel und Wege wird vielerorts bilateral, aber mittlerweile auch zwischen der EG und dem RGW gesprochen. Und es ist ermutigend, daß in einigen Fällen bereits gehandelt wird.

Daß es um mehr geht, als um Wirtschaftskooperation alten Stils, dürfte eine besondere Begründung nicht nötig haben. Wie die Gründung zahlreicher Gemeinschaftsunternehmen - etwa zwischen Deutschland und Ungarn - zeigt, ist heutzutage wesentlich mehr möglich als in der Entspannungsphase der 70er Jahre. Neuartige Eigentumsformen und mehr Marktgeschehen werden die Wirtschaftsbeziehungen in dem erwähnten Bereich beleben. Allerdings wäre es naiv, eine pure Übernahme westlicher Modelle zu erwarten oder gar als Vorbedingung für Entgegenkommen zu verlangen. Europäische Gesellschaften werden nicht zuletzt die ihnen angemessene Form des Umgangs mit modernen Technologien zu finden haben.

Im dicht besiedeltem Europa muß nicht nur in wirtschaftlichem und technologischem Bereich aufs engste zusammengearbeitet werden. West- und Osteuropäer leben nicht allein wegen der Massierung von militärischen Zerstörungspotentialen in einer Risikogemeinschaft. Spätestens seit der Reaktorkatastrophe im weißrussischen Tschernobyl wissen wir mehr über die grenzüberschreitenden Gefahren von Großtechnologien. Der

Zustand der Wälder, die diesseits und jenseits von Systemgrenzen absterben, oder die Verschmutzung der Gewässer oder die allseits gängige Energieverschwendung und Umweltbelastung haben mich - wie andere - davon überzeugt, daß ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaften dringend geboten ist.

In Europa leben wir noch in anderer Hinsicht in einer Risikogemeinschaft. Wenn es nämlich nicht gelingt, auf absehbare Zeit die Wohlstandsniveaus stärker anzugleichen (und - ich füge hinzu - wenn nicht weithin in Europa dem Anspruch der Bürger auf Teilhabe und Mitsprache Rechnung getragen wird), dann, so ist zu befürchten, werden wir Wanderungswellen erleben, die alles in den Schatten stellen, was wir schon erfahren mußten.

Ich spreche hier über Europa, aber mir ist natürlich nicht fremd, daß Massenproduktion und Umweltzerstörung, ökonomisch und politisch bedingte Bevölkerungsbewegungen - und einiges andere mehr - Phänomene sind, mit denen wir es in vielen Teilen der Welt zu tun haben.

III.

Während die Hauptteile Europas einander langsam näherücken, ist die "Zwölfergemeinschaft" - mit der Kommission in Brüssel - bereits dabei, die verbliebenen nationalen Schranken untereinander abzubauen. Das war überfällig, da diese Schranken zum Hemmnis wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung wurden. Nach 1992 wird die Europäische Gemeinschaft dem Ziel der Einheit um Meilenschritte näher kommen.

Mit dem Jahr 1992 verbinden sich Hoffnungen und hochgesteckte Erwartungen: mehr Wirtschaftswachstum, mehr Austausch, mehr Mobilität. Mit einer Bevölkerung von mehr als 320 Millionen wird die EG zu einem der größten Märkte werden, dank des Einkommensniveaus sogar zum kaufkräftigsten Markt der Welt.

Durch verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit wird eine bessere Abstimmung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken ermöglicht werden. Und den Gewerkschaften wurde versichert, daß die EG gleichzeitig zu einer Sozialgemeinschaft fortentwickelt wird (wie ich es, mit anderen, schon vor langem anvisierte). Zwangsläufig werden die Mitgliedsstaaten auch Einbußen hinzunehmen haben. Denn der gemeinsame EG-Nenner in der Wirtschafts- und Finanzpolitik oder - von nicht minder großer Bedeutung - in der Sozial- und Umweltpolitik kann nicht die Politik eines einzelnen Landes sein. Worum es geht, ist eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Regional- und Strukturgleichgewicht, eine Sozialgemeinschaft demokratischer Umgangsformen und weitgehender Mitbestimmungsrechte - letztendlich ein Europa, in dem man überall frei atmen kann.

Wenn, für alle Welt erfahrbar, die EG zur wirtschaftlichen Einheit zusammenwächst, erhöht sich zwangsläufig auch das Gewicht Westeuropas im internationalen Kräftespiel - hoffentlich mit einer Stimme der Vernunft und des internationalen Ausgleichs.

Von Westeuropa, dann auch vom größeren, darf keine Gefahr für andere ausgehen - jedenfalls nicht militärisch. Auch die wirtschaftlichen Ziele der Gemeinschaft sind nicht gegen andere Länder und Weltregionen gerichtet. Sicherlich wird international mit harten Bandagen um Wettbewerbsvorteile gerungen. Doch darauf mit Abschottung zu reagieren, wäre kontraproduktiv. Durch den gemeinsamen Binnenmarkt soll die Offenheit nach außen nicht infrage gestellt werden. Dies mag auch anderswo Grund zum Nachdenken bieten.

Daß die europäische Einigung im wohlverstandenen Interesse der USA liegt, war schon vor 25 Jahren das Credo von Präsident Kennedy. Sein Zwei-Säulen-Konzept des Atlantischen Bündnisses war nicht nur sicherheitspolitisch gemeint. Aber nicht nur diese beiden Partner sollten sich daran erinnern und alle Anstrengungen unternehmen, um die neue GATT-Runde zu einem ähnlich erfolgreichen Ergebnis zu führen wie einst die sog. Kennedy-Runde.

Dies ist objektiv leichter geworden, da in den 80er Jahren die Interdependenzen ein vordem ungeahntes Ausmaß erreicht haben. Ein Rückfall in "Handelskriege" wäre für alle Seiten selbstzerstörerisch.

Wie absurd eine Abkapselung der EG wäre, wird nicht nur deutlich mit Blick auf die EFTA-Staaten und assoziierte Mittelmeeranrainer, sondern auch wegen der enger werdenden Bindungen zu Osteuropa. Wer sich abschottet, verpaßt eine vermutlich historische Gelegenheit zur Mitgestaltung der Ost-West-Beziehungen.

Ähnliches gilt auch für die Beziehungen zu Japan und den neuen Industriemächten in diesem Teil der Welt. Darüberhinaus haben wir als Europäer allen Anlaß, zur friedlichen Entwicklung in der Dritten Welt beizutragen. Die Lome-Verträge mit den sog. AKP-Staaten, früheren Kolonien europäischer Mächte, gelten als hilfreich für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Industrie- und armen Entwicklungsländern. Zur Selbstgefälligkeit besteht allerdings keinerlei Grund.

Die Gemeinschaft wird Afrika, aber auch anderen Entwicklungsregionen mehr Entgegenkommen zeigen müssen. Vor allem lateinamerikanische Staaten fordern seit langem einen Abbau des europäischen Agrarprotektionismus. Südostasiatische Staaten erwarten zumindest gleiche Zugangsrechte zum Europäischen Markt wie sie den industriellen Vorreitern Asiens eingeräumt wurden. Und zurecht erwarten viele Entwicklungsländer europäische Initiativen zur Lösung der Überverschuldung.

Vieles deutet darauf hin, daß die 90er Jahre zu einem Jahrzehnt der Verhandlungen werden - auf regionaler und internationaler Ebene. Ich hoffe, die EG-Staaten und die Gemeinschaft werden sich als fähig erweisen, konstruktiv zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses, der Nord-Süd-Beziehungen und der globalen Umweltprobleme beizutragen.

Die Zeit der alten Gefährdungen ist noch nicht vorbei. Neue Gefahren - sogar solche, die das Überleben der Menschheit betreffen - sind deutlich erkennbar. Ich setze darauf und fordere uns dazu auf, der Bedrohung zu trotzen.